

24

24

# Thatsachen der Gegenwart,

insbesondere

Judenverfolgungen

u n d

Excesse gegen Guts- und Fabrikherren

erklärt durch

Thatsachen der Vergangenheit

nebst einigen

Vorschlägen zur Heilung socialer Uebel für die Zukunft

von einem

„Kopfarbeiter.“

---

Berlin,

In Kommission der Aschendorff'schen Buchhandlung.

1848.





## Vorrede.

Die nachfolgenden Blätter sind unmittelbar nach dem Beginn der oberrheinischen Judenverfolgungen, in der Zwischenzeit zwischen dem 24. Februar und 18. März niedergeschrieben und später nur mit einigen Zusätzen versehen worden. Sie haben den Zweck, die socialen Verbesserungspläne aus dem Bereiche abstrakter Theorien und gefährlicher Versuche auf das Gebiet des praktisch Ausführbaren und Bewährten hinüberzuführen und darauf hinzuwirken, daß der vom neuen Staatswesen so oft gemachte Fehler „das Kind mit dem Bade auszuschütten“ nicht wiederholt, sondern möglichst wieder gut gemacht wird. Das Lossagen von der praktischen Erfahrung, von der Geschichte und dem gesunden Verstande hat uns in die jetzige Verwirrung hineingebracht. Suchen wir daher diesen Faden der Ariadne wieder zu finden, um so den Ausgang aus einem Labyrinth zu gewinnen, in welchem der Minotaurus der Anarchie uns täglich lauter und drohender seine Nähe verkündet.

---





## A. Thatfachen.

### I. Judenverfolgungen.

Die Aufregung, welche durch die jüngste französische Revolution im Volke hervorgerufen ist, hat sich in vielen Gegenden von Frankreich, Deutschland, Böhmen und Ungarn unerwarteter Weise gegen die Juden gewendet und ist vielfach in eine förmliche Judenverfolgung umgeschlagen. Jeder Freund der Ordnung und Feind der gesetzwidrigen Gewaltthat muß diese Excesse tief beklagen. Der wahre Freund des Vaterlandes wird es aber bei einem bloßen Bedauern nicht bewenden lassen, sondern sich die Frage aufwerfen, was geschehen könne, um der Wiederholung und weitem Verbreitung dieser Verletzungen der Rechte der Personen und des Eigenthums vorzubeugen.

Um diese Aufgabe lösen zu können, ist es vor Allem erforderlich, dem Grunde dieser Erscheinung nachzuforschen und auf diese Weise eine Heilung des Uebels in der Wurzel vorzubereiten.

Man könnte zunächst an religiösen Fanatismus denken und dies ist in der That der Grund, auf welchen man die mittelalterlichen Judenverfolgungen in der Regel zurück geführt hat. Allein jene Excesse haben unter Andern in den „aufgeklärtesten“ Gegenden Deutschlands stattgefunden, und



es kann daher von religiösem Fanatismus um so weniger die Rede sein, als die Religion selbst bei einem großen Theil der dortigen Bevölkerung ihren Einfluß verloren hat. Auch ist Unduldsamkeit dem Charakter des Deutschen, zumal des Süddeutschen fremd, und Berthold Auerbach's „Dorfgeschichten“ beweisen, daß z. B. der katholische Landmann des Schwarzwaldes dort mit gutmüthigen und harmlosen Juden freundlich und wohlwollend verkehrt.

Wenn also befungeachtet vom Volke gegen die Juden revolvirt wird, so muß der Grund in etwas Anderm liegen. Die nachstehenden Thatsachen im Wesentlichen, geschöpft aus den amtlichen Berichten, welche nach der dem ersten vereinigten Landtage vorgelegten Denkschrift von den rheinischen Landgerichten über die Verhältnisse der dortigen Juden erstattet worden sind, werden vielleicht geeignet sein, über diese wichtige sociale Frage einiges Licht zu geben, zumal es nicht zu bezweifeln ist, daß diese aus dem Leben gegriffene Darstellung in ihren Grundzügen auch auf die ober-rheinischen Juden paßt, welche in Deutschland jenen Verfolgungen hauptsächlich ausgesetzt gewesen sind.

Aus den der erwähnten Denkschrift beigefügten Tabellen ergiebt sich im Allgemeinen, daß die Zahl der jüdischen Inculpanten zu den jüdischen Einwohnern sich wie 12 zu 1000, die der Christlichen zu den christlichen Einwohnern sich wie 6 zu 1000 verhält. Die meisten Verbrechen der Juden beruhen hiernach auf Eigennuß und Gewinnsucht. Die Wurzel des Uebels findet das Kammergericht in ihrer National-eigenthümlichkeit und in ihrer Stellung den Christen gegenüber, indem gegen Juden selten Verbrechen begangen würden. Gegen den Ackerbau und die Viehzucht haben die Juden ein auf dem Talmud beruhendes Vorurtheil. Handwerke treiben sie in der Regel nur, wenn sie ihre große Zahl, wie in Posen, dazu zwingt, oder die Arbeit Nebensache, der



Verkauf der Produkte aber Hauptsache ist. Der Erwerb durch Arbeit, welchen der Deutsche so hoch hält, hat für den Juden keinen Reiz.

In der Rheinprovinz, wo den Juden schon seit einem halben Jahrhundert ausgedehntere bürgerliche Rechte, wie in irgend einer andern Provinz zustehen, gestalten sich ihre Zustände nach den erwähnten hier fast wörtlich mitgetheilten amtlichen Berichten in folgender Weise.

Die Juden treiben in den friedensgerichtlichen Bezirken der dortigen Landkantone in der Regel Handel mit Vieh oder Waaren und befassen sich nur selten mit einem Handwerke oder der Landwirthschaft. Ihre Geschäfte pflegen sie in der Regel nur klein, im Umherziehen mit abgetragenen Kleidern, Lumpen und altem Eisen anzufangen.

Bei angewachsenen Mitteln wird dies Geschäft ausgedehnt auf Fleisch, Ellenwaaren und andere Artikel, bis sie allmählich zu größern Gegenständen übergehen; sie finden ihre Rechnung gewöhnlich bei den Landleuten, welche in Ermangelung zweckmäßiger und ausgedehnter Kreditanstalten in ihren Geldverlegenheiten fast ausschließlich auf die Juden angewiesen sind.

Am häufigsten treten Uebervortheilungen beim Viehhandel dadurch hervor, daß die Juden außer dem Preise des Viehes sich eine Zugabe in Kartoffeln, Korn, Weizen u. s. w. ausbedingen, und die Ablieferungen zu einer Zeit fordern, wo die Preise auf's Höchste gestiegen zu sein pflegen. Jetzt wird Ausstand verlangt und gegeben; der Bauer borgt noch Geld dazu, verspricht die Zinsen und außerdem wieder eine Entschädigung an Früchten. Beim Ablauf des erhaltenen Ausstandes wiederholt sich ein ähnliches Verfahren und so geht es fort, bis der Schuldner bei Aufstellung der durch die Zinsen hochgewachsenen Schlussrechnung sich ganz in den Händen seines jüdischen Gläubigers befindet, dem es nicht schwer ist, auf die Immobilien durch gerichtliche oder no-



tarielle Urkunde sich Hypotheken zu verschaffen. Die Subhastation und der Ruin des Schuldners ist die fast nie fehlende Entwicklung dieser tragischen Handel. Viele Grundbesitzungen sind auf diese Weise in die Hände der Juden gekommen, viele Landleute verarmt. Oft hat es sich herausgestellt, daß durch theilweise Einbehaltung des Kapitals simulirte Akte, Verkäufe auf Wiederverkauf, Ausdringen von Waaren und Lebensmitteln u. s. w. der Schuldner ungewöhnlich gedrückt und in größere Schulden gestürzt worden, als der jüdische Gläubiger zu fordern hatte.

Im Bezirk des Landgerichts Koblenz verhält es sich ebenso; auch hier wenden die Leute bei eintretender Geldverlegenheit, welche bei der Verarmung der Bewohner der Mosel und des Eifelgebirges nur zu oft vorkommt, sich nothgedrungen an die Juden und es hat sich in solchen Fällen häufig bei den gerichtlichen Verhandlungen ergeben, daß in ähnlicher Weise, wie oben erwähnt, wucherische Bedrückungen stattgefunden. Die Juden sind daher fast bei einem Drittel der bei den Friedensrichtern vorkommenden Rechtsstreitigkeiten betheiligt.

Auch im Landgerichte Trier sind die Juden in der Regel die Banquiers der Landleute, indem sie auch die unbedeutendsten Vorschüsse machen, lange Termine gestatten und sich nicht mehr als die gesetzlichen Zinsen versprechen lassen, dabei aber ihren Hauptvortheil dadurch erreichen, daß sie sich Früchte, Wein, c. als eine Nebenschenkung geben lassen, welche weder auf Kapital noch auf Zinsen angerechnet wird. Der Detail-Handel von Specerei-Waaren und Viktualien ist fast ausschließlich in ihren Händen, und wird dadurch ebenfalls zum Wuchergeschäft, indem die Händler auch hier den Abnehmern Ausstand gestatten, für diesen Ausstand aber Lieferungen nehmen, die nicht in Anrechnung gebracht werden. Die Noth der Landleute wird gewöhnlich benutzt, um ein Geschäft mit ihnen zu machen oder eine bestehende Forderung zu vergrößern. Der Landmann, der nicht bezahlen kann, geht



auf alle Bedingungen ein, um eine gerichtliche Einklagung einer Forderung zu beseitigen; er macht Abschlagslieferungen, Abschlagszahlungen ohne Quittung, kauft Waaren, die er gar nicht gebrauchen kann, zu hohen Preisen, läßt sich baare Zuschüsse zu der frühern Schuld geben, wenn er auch kein Geld nöthig hat, verkauft seine Erndte vor der Zeit und ohne daß er den Preis zu übersehen im Stande ist, um den an-  
dringenden Gläubiger augenblicklich zu beschwichtigen. Dieser verfolgt aber sein Ziel unermüdlich, gelangt zu einer Hypothekenverschreibung, oder gar zu einem freiwilligen Urtheile und ist am Ende durch die Subhastation im Besitze des Vermögens des Landmannes.

Im Landgerichtsbezirk Saarbrücken ernähren sich die in den kleinen Städten und Dörfern wohnenden Juden nur vom Kleinhandel. Kein einziger treibt ein bürgerliches Gewerbe, welches körperliche Anstrengung erfordert und wenn etwa ein Jude seine Acker selbst bebaut, so geschieht dies nur durch christliche Tagelöhner oder Knechte. Ihre meisten Geschäfte bestehen im Viehhandel, Verpachten von Vieh, Verkauf von Waaren und Lebensmitteln, und in Darlehnsverkehr. Sie verfahren mit einer unglaublichen Emsigkeit und Bericksichtigung, um die Gelegenheit zu erfahren, wo ein Geschäft zu machen ist. Sie laufen unermüdet von Dorf zu Dorf, von Haus zu Haus, kundschaffen alle Verhältnisse aus, um zu erfahren, ob ein Bauer durch Umstände veranlaßt werden kann, irgend etwas zu kaufen oder zu verkaufen.

Der unvermögende Landmann, der wenig Vieh und Landereien besitzt, dessen Ackerbau ihn nicht ernähren kann, der neben demselben also noch als Tagelöhner dient, Fuhrwerk oder ein anderes Geschäft treibt, ist am meisten bedroht. Von seinem Gläubiger gedrängt, bleibt ihm am Ende nichts Anderes übrig, als seine Kuh, seine Ziege, oder sein Pferd zu verkaufen. Ist der Jude, wie häufig der Fall, selbst der dringende Gläubiger, so nimmt er das Stück an Zahlungs-



statt, sonst gegen baares Geld, womit der Gläubiger befriedigt wird. Es ist charakteristisch, daß sich ein solches Geschäft gewöhnlich so gestaltet, daß der Schuldner nicht ganz von seiner Schuld frei wird, sondern der Gläubiger einen Rückstand zu fordern behält. Hier ist der Jude Käufer. Noch schlimmer aber geht es, wenn er Verkäufer ist; angenommen, hat jener seine Kuh oder sein Pferd verloren; für einen Landmann ist das Glück, eine milchende Kuh zu besitzen, so groß, daß er sich leicht zum Ankauf verleiten läßt, wenn er Credit findet. Gern schenkt er der Ueberredung Glauben, daß er später die Mittel zur Zahlung finden werde. Indessen muß er, weil er nicht baare Zahlung leistet, das Stück Vieh zu einem übermäßig hohen Preise annehmen. Zur Zahlung werden ihm ausgedehnte Fristen, oft von mehreren Jahren bewilligt. Die darüber ausgestellten Schuldscheine enthalten gewöhnlich die Bedingung, daß das Geld auf einmal eingefordert werden kann, wenn ein Zahlungsstermin vom Schuldner nicht eingehalten wird. Wie leicht giebt sich der bedrängte, von der Einwirkung des Moments abhängige Dauer der Hoffnung hin, daß er die kleinen Terminzahlungen ohne Beschwerde leisten werde. Der erste und zweite Termin wird pünktlich entrichtet. Auf das Lob der Pünktlichkeit des Zahlers folgen Aeußerungen des Gläubigers, daß es auf den Tag nicht ankomme, daß es so streng nicht gemeint sei. Der nächste Termin erscheint, nicht aber der Gläubiger. Mit dem letzten Glockenschlage dieses Tages, an welchem der arme Schuldner die Zahlung versäumt, ist er in der unlösbaren Gewalt des Gläubigers, welcher nicht säumt, sie dem erschrockenen Schuldner anzukündigen. Jener hat das von diesem sicher erwartete Geld in seinem Handel entbehrt, er hat Schaden gelitten, einen großen Gewinn aufgeben müssen. Er könnte zum Aeußersten schreiten, er ist dazu versucht und berechtigt, indessen läßt er noch einmal Gnade vor Recht ergehen. Allein um welchen Preis? Der Schuldner hat noch Korn, Kartoffeln, Heu, Hanf im Hause, oder auf dem



Felbe, welche dazu dienen, neue Zahlungsfristen zu erlangen. Auch vermag er der Ueberredung nicht zu widerstehen, daß er alte Ackergeräthe, Pferdegeschirr u. s. w., welche sein Gläubiger besitzt oder auch Waaren, mit denen derselbe handelt, nützlich gebrauchen könne, deren Preis ihm gegen einen neuen Schuldschein willfährig kreditirt wird. Er zahlt und leistet, so lange er vermag auf Abschlag, ohne sich von den Bedrängnissen seiner Lage erlösen zu können. Endlich ist er zu fernern Zahlen und Leisten, nicht mehr im Stande. Dann beginnen die Klagen und Executionen. Für jeden Schuldschein wird ein besonderes Urtheil erwirkt. Die Execution in den Mobilien zeigt sich bald fruchtlos. Der Schuldner wird genöthigt dem Gläubiger Grundstücke zu verkaufen, mit der anscheinend mildern, aber den Kaufspreis mindernden Klausel des Wiederkaufsrechts. Zuletzt beginnen die gerichtlichen Verkäufe der ihm übrig gebliebenen Grundstücke. Es ist der Anfang des Elendes, dessen Schilderung uns unsere Leser erlassen werden.

Zur vollständigen Veranschaulichung dieser unglücklichen verderblichen Zustände möge die aus derselben Quelle geschöpfte Thatsache dienen, daß in den Friedensgerichts-Bezirken, in denen die meisten Juden wohnen, die meisten Prozesse, verschiedentlich sogar der dritte, vierte, fünfte und sechste Theil derselben von Juden erhoben werden.

Soweit die amtlichen Berichte.

Ein nicht minder unerfreuliches Bild bietet die Art und Weise dar, wie die jüdische Geldmacht sich in weitem Kreise namentlich in den größern Städten fund giebt. Hier ist ihre Thätigkeit vorzugsweise auf Aktien und Börsengeschäfte gerichtet. Fern sei es von uns, die achtbaren Männer dieser Nation zu verdächtigen, welche sich in Bezug auf Solidität und Ehrenhaftigkeit im Handel und Börsenverkehr einer wohlbegründeten Reputation erfreuen. Allein die einseitige Richtung der Juden und ihre Neigung für gewinnbringende Wagnisse im Handel und Verkehr



ist so groß, daß nicht selten eine wahre Landesgefahr daraus entstanden ist. So erlebten wir vor einigen Jahren, daß der Aktienschwindel, besonders in Berlin, wo fast sämtliche Börsenmänner Juden oder jüdischer Abkunft sind, eine Ausdehnung und Höhe erreichte, durch welche dem Nationalvermögen eine noch immer blutende Wunde geschlagen, und Tausende von Unschuldigen um ihr Vermögen gebracht wurden. Banquiers, welche nicht 50,000 Thlr. in Vermögen hatten, zeichneten in jenem sich täglich steigenden Wetteifer leidenschaftlicher Gewinnsucht Summen, welche ihr Vermögen zehnfach überstiegen. Später, während der allgemeinen Noth und Theuerung, sahen wir diese Schwindler dem Getraidehandel zugewendet. Durch Scheinkäufe wurden die Preise weit über ihre natürliche Höhe gesteigert und durch die, diese Stimmung ausbeutende und eraltirende Gewinnsucht auf's Aeußerste emporgetrieben. Die Anfänge der ersten französischen Revolution, in welcher die Wuth der Massen erst durch künstliche Preissteigerung und den Kampf gegen die Accapareurs entfesselt und zur Handhabe des Angriffs auf die politische Ordnung benützt wurde, haben jedem Unbefangenen gezeigt, daß dieser rücksichtslose Fanatismus des Eigennuzes neben den socialen zugleich die größten politischen Gefahren nach sich zieht. Lassen wir ferner die Erscheinungen ins Auge, welche sich bei der Concurrenz der Juden in den übrigen Gewerben gezeigt haben, so ergibt sich, daß sie sich dabei nur ausnahmsweise durch eigene productive Arbeit betheiligen, und sich in der Regel darauf beschränken, durch Gründung von Magazinen fremde Arbeit auszubeuten. Der Inhaber des Magazins erhandelt auf Messen, Märkten, in Konkursen u. s. w. das wohlfeilste Material, welches er, da dessen heimliche Mängel in Rechnung kommen, in der Regel weit unter dem Marktpreise erlangt. Nicht selten bedient er sich dabei der Vermittelung jener bekannten Art von Gaunern, welche gegen geringe Anzahlung Waaren auf Credit nehmen, um sie nachher gegen Schleuderpreise wieder zu veräußern, und den Verkäufer um



den Rest des Kaufpreises zu pressen. Die Verarbeitung dieses Materials erfolgt zum großen Theil nicht durch Handwerker, sondern durch andere Personen, welche einzelne Handgriffe mechanisch erlernt haben. Die den Israeliten eigenthümliche zähe, unermüdliche Betriebsamkeit, durch ihre einseitige Lebensrichtung häufig bis zur Virtuosität ausgebildet, kommt ihnen bei diesem Verkehr besonders zu Statten, und macht sie geeignet, die Christen in diesem Verkehr zu überflügeln. Die in diesen Magazinen ausgedienten Waaren können daher wohlfeiler verkauft werden, als es der eigentliche Handwerker vermag. Dieses und die ihnen ebenfalls eigenthümliche Gewandtheit im unermüdlichen, marktschreierischen Ausbieten ihrer Waaren zu Spottpreisen, wobei der Grundsatz „mundus vult decipi“ die ausgedehnteste Anwendung findet, leiten die Menge, und vermehren ihren Absatz.

Der wohlhabige zahlreiche Mittelstand, welcher ehemals in deutschen Städten den echten, ehrenhaften Bürgerstand ausmachte, wird durch diese Konkurrenz von Tage zu Tage mehr zu Grunde gerichtet. Seine Handwerksstuben sind verödet; und viele Meister sind genöthigt, bei einem jüdischen Magazin-Inhaber Arbeit zu ersuchen. Dieser wird der Mittelpunkt der Arbeit suchenden Handwerker, die sich durch die schlaue ausgebeutete Konkurrenz unter das gewöhnliche Tagelohn herabdrücken. In ähnlicher Weise wie die Landleute werden diese Handwerker durch Geld- und Waarenvorschüsse dergestalt in das Kreditnetz ihres Arbeitgebers eingesponnen, daß sie thatsächlich nicht mehr freie Männer, sondern willenlose Knechte sind. Ja, es sind uns sogar einzelne Fälle bekannt geworden, in denen Meister von schlaun Händlern durch glänzende Bedingungen und anfänglich pünktliche Erfüllung derselben angelockt, eine ausreichende Kundschaft aufgaben, um allein für den Händler zu arbeiten, und nachher in der angegebenen Weise gefnechtet zu werden. Der verhältnißmäßig geringen Zahl christlicher Meister, welche aus diesem unseligen Kampfe noch ein Ersparniß besserer Zeiten gerettet, bleibt nichts



übrig, als ein Gleiches zu thun, zur Rettung ihrer eigenen Existenz, ebenfalls Magazine zu gründen, und dazu mitzuwirken, das ächt deutsche Verhältniß zwischen Meister und Gesellen in einen Zustand umzuwandeln, welcher jeden fühlenden Menschen mit Trauer erfüllt. Was die deutsche Nation an Ehrenhaftigkeit, Bürgertreue, Familien- und echten Freiheitsinn durch diese trübselige Umwandlung verloren, ist noch höher anzuschlagen, als die Zerrüttung des materiellen Wohlstandes, welcher diese achtbare Bürgerklasse in das Proletariat gedrängt und sie des Bürgerbewußtseins beraubt hat.

Man hat den Juden in neuerer Zeit den Erwerb von Grundstücken gestattet, der ihnen früher fast unbedingt versagt war, in der Hoffnung, daß sie sich selbst dem Landbau widmen, und durch die Kultur des vaterländischen Bodens mit dem Volke eine ächt nationale Verbindung anknüpfen würden. Auch diese Hoffnung ist nicht gerechtfertigt worden. Statt den Acker zu bauen, haben sie sofort begonnen, mit Grundstücken Handel zu treiben, und dies ist in vielen Gegenden zu einer wahren Landescalamität geworden.

Wir haben in den vorstehenden Angaben nur Thatsachen angeführt, welche in den Erfahrungen unserer Leser ihre volle Befräftigung finden werden, und daher mögen weitere Detailzeichnungen uns erlassen werden. Daß diese Thatsachen durch manche Ausnahmen nicht widerlegt werden können, bedarf keiner Ausführung. Diese Ausnahmen sind es vielmehr, welche der Regel eine positive Befräftigung verleihen.

Auch möge man uns die Meinung nicht unterschieben, als ob wir diese Erscheinung den Einzelnen zur Last legten. Sie sind vielmehr das Ergebnis einer Geschichte von mehreren tausend Jahren und durch den Ursprung, die Ritualgesetze, die Lebensweise, die nationale Eigenthümlichkeit und Religion der Juden bedingt. In allen diesen Beziehungen bilden sie einen directen Gegensatz gegen deutsche Nationalität, gegen deutschen Sinn und deutsches Wesen, so wie gegen den dem deutschen Geiste so nahe verwandten Geist des Christenthums. Die Juden



sind und bleiben ein nur fremder Pfahl in unserm Fleische. Wir klagen den Pfahl nicht an; aber Niemand mag es uns verargen, wenn wir aufschreien bei dem Schmerz, den er uns verursacht, wenn wir mit Schrecken wahrnehmen, wie die Eiterung nach jedem Heilversuche stets weiter und weiter um sich greift.

Es mag über tausend Jahre sein, seitdem die ersten Juden nach Deutschland kamen; allein die Zeit hat in den vorgegebenen Beziehungen nichts geändert. Die Juden sind ohne Zweifel fortgeschritten, aber auf ihrem besondern Wege und in ihrer besondern Art. Gerade deshalb, weil ihr Fortschritt sich auf die Bahn ihrer charakteristisch eigenthümlichen Bestrebungen zusammengedrängt hat, ist ihr Fortschritt bedeutender und umfangreicher, als der jener Nationen, in deren Mitte sie leben. Wir haben gesehen, daß dieser Fortschritt nicht zum Vortheil jener Nationen gereicht hat. Es ist vielmehr dadurch der Gegensatz nur um so schroffer und nachtheiliger hervorgetreten.

In Frankreich, wo die Juden schon seit fünfzig Jahren im Besiz bürgerlicher und politischer Rechte sind, dauert nach den in den mehrerwähnten Staatschriften enthaltenen sorgfältigen Ermittlungen ihre nationale Absonderung in ungeschwächter Stärke fort, selbst in Paris, wo sich sonst die Nationalitäten im Verlauf von mehreren Jahren zu verwischen pflegen. Dieselbe Erfahrung macht man am Oberrhein und in allen von ihnen bewohnten Gegenden. Nach einer länger als tausendjährigen Uebersiedelung haben sie überall in Mitte der Bevölkerungen das specifische Judenthum in eigenthümlicher von der sie umgebenden Nationalität abgesonderter und abgeschlossener Richtung conservirt, und wenn auch Manche unter ihnen dagegen in den Kampf getreten sind, so wird derselbe doch, von der materiellen Macht des Judenthums nicht unterstützt gleich früheren Kämpfen dieser Art nicht nur erfolglos bleiben, sondern wie jede Vertheidigung von Innen



seinem Angriff von Außen gegenüber, mit der Kräftigung des specifischen Judenthums endigen.

Höchst bemerkenswerth ist das Verhalten, welches die Juden den neuern revolutionären Bewegungen gegenüber beobachteten; denn sie ist das einfache Ergebnis ihrer egoistischen, dem Volke und seinen nationalen Interessen entfremdeten Stellung; ihrer eigenthümlichen Kunst, aus allen Umständen Vortheil zu ziehen. Hiernach konnten sie z. B. von der nationalen Begeistigung der Polen nicht berührt werden, da ihnen zugleich einleuchten mußte, daß die Theilnahme an jenen revolutionären Bewegungen zu Ruinen, hingegen die Loyalität zu großen Vortheilen führen werde. Oeffentliche Blätter haben uns zu seiner Zeit berichtet, daß sie sich in jener Berechnung nicht getäuscht, daß sie wie in Frankreich früher durch das Gelingen der Revolution, so in Polen durch die Vorbereitung und das Mißlingen derselben zu großen Reichthümern gelangt seien. Die nächste Zukunft wird für das eine wie das andere schlagendere Beweise liefern.

In der deutschen politischen Presse treffen wir auf andere Erscheinungen. Hier haben sich ihre politischen Stimmführer den Bestrebungen des politischen und kirchlichen Radikalismus beigegeben, und stehen bei den neuesten politischen Agitationen fast überall an der Spitze der Aufwiegler. Diese Erscheinung findet größtentheils in der Geschichte der ersten französischen Revolution und ihrer Folgen ihre Erklärung. Von politischen und nationalen Leidenschaften und Exaltationen unbeirrt, sind die Juden damals still und unscheinbar wie immer nur ihrem Vortheile nachgegangen, und haben während der allgemeinen Aufregung unermüdlich im Trüben gefischt.

Als das französische Volk während und in Folge seiner ersten Revolution Königs- und Fürstenkronen zerbrach, erhandelten die Juden die Edelsteine dieser Krone. Szepter und Krummstab, Diademe und Insuln wanderten unvermerkt in ihre Schreine. Als man die Güter der Fürsten, der Geistlichkeit und des Adels verschleuderte, erstanden sie dieselben um einen



Spottpreis, und verkauften sie entweder stückweise für das Zehnfache, oder gaben sie gegen erhöhten Zins in Pacht. An die Stelle der abgelebten Feudelherrschaft trat ein neuer größtentheils jüdischer Geldadel, der sich von dem ältern, hauptsächlich durch Mangel an Humanität und Gleichgültigkeit gegen das Schicksal seiner Hintersassen unterschied. Als Krieg und Aufruhr Staatsschuldsscheine und andere Papiere entwerthet hatte, wußten die Juden, welche in ihren Spekulationen von den Leiden so wenig, wie von der nationalen Erhebung des Volkes gestört wurden, die meisten derselben an sich zu bringen, und gewannen Millionen auf Kosten der Nation. Wie der kleine Handelsjude die Noth des Bauern und Bürgers, so benutzten jüdische Banquiers damals die Geldnoth der kriegsführenden Staaten, um bei Kriegslieferungen, baaren Vorschüssen u. s. w. ungeheure Vorthelle zu erpressen. So ist es gekommen, daß der materielle Gewinn jener Umwälzung hauptsächlich den Juden zu Theil geworden ist. Der größte Theil der jüdischen Geldmänner, welche heutzutage die Börsen Europa's beherrschen, haben in jener Zeit ihre Reichthümer erworben, oder dazu den Grund gelegt, während viele tausend Familien dadurch ihres Besizes, ihres gesicherten Erwerbes beraubt, und an den Bettelstab gekommen sind.

Ähnliche Ursachen werden auch in unserer Zeit ähnliche Wirkungen hervorbringen und es ist daher fast mit Gewißheit voraus zu sehen, daß der materielle Gewinn jeder Umwälzung, welche nicht die Emanzipation der arbeitenden Klassen, von der Geldmacht zum Zweck und zum Erfolg hat wiederum fast allein den Juden zu Theil werden würde, während sie dem Schaden durch kluge Voraussicht und gewandte Manöver zeitig auszuweichen wissen werden. Die neueste Revolution in Frankreich und Deutschland hat hierfür verschiedene sprechende Belege geliefert.

Als die provisorische Regierung gebildet wurde, kamen die beiden einflußreichsten Ministerstellen, die des Finanz- und



Justizministers in die Hände von Juden. Der Justizminister Cremieux, der unter der frühern Regierung als Mitglied der Deputirtenkammer niemals in besonderm Ansehen gestanden hat, ist noch am Ruder. Der Finanzminister Goudchour war ein Werkzeug des Herrn von Rothschild und trat ab, nachdem er die Zwischenkurse der Februartage so festgestellt hatte, wie es Rothschild verlangte, der dadurch nach verschiedenen nicht widerlegten Zeitungsnachrichten 20 Millionen gewonnen haben soll.

Auf diese Weise ist der „König der Juden“ mit seiner Geldaristokratie (den Großwürdenträger seines Reiches) zugleich Herr der Staatsfinanzen geworden, und hat dadurch einen unbezweifelbaren Einfluß auf alle, die aus der Staatskasse ihren Unterhalt beziehen, insbesondere auf die bewaffnete Volkshefe, mobile Nationalgarde genannt, erlangt, welche natürlich ganz in den Händen dessen ist, der ihr die Auszahlung ihres, den wohlhabenden Klassen durch Steuern abgepreßten, Soldes garantirt. Ueberhaupt tritt nach verschiedenen Berichten der Einfluß der Juden auf die provisorische Regierung von Tage zu Tage deutlicher hervor, und macht sich in der ganzen Administration in höchst bedenklicher Weise geltend. Das Sinken der Course, welches in Folge der Revolution eingetreten ist, ruinirt nur den kleinen Fondsinhaber, den wohlhabenden Mittelstand, welcher wegen Stockung der Gewerbe, der allgemeinen Geldklemme und der vermehrten Lasten oder, um eingegangene Verbindlichkeiten erfüllen zu können, gezwungen ist, à tout pris zu verkaufen. Die reichen Beherrscher der Börse und ihre Helfershelfer dagegen verlieren nur anscheinend und nominell, während sie in der That enorme Gewinne erzielen; denn sie behalten nicht nur ihre Fonds, da die Noth des Augenblickes sie nicht berührt, sondern kaufen nach und nach zu den von ihnen beliebig bestimmten niedrigen Coursen die Fonds des wohlhabenden Bürgers hinzu. Sobald sie auf diese Weise die Bourgoisie möglichst ausgeplündert



haben, werden sie die Kurse vermittelst der tausend Hebel, über welche sie gebieten, wieder in die Höhe bringen, falls sie nicht selbst in die für Andere gegrabene Grube fallen. Aehnlich verhält es sich mit den Fabriken und Manufakturen. Dieselben gerathen nach und nach ins Stocken; ihre Inhaber machen Bankerott und die Etablissements gerathen dann in die Hände derer, die im Trüben fischen.

Das ist der Grund, weshalb wir heute unter den Wühlern so viele Juden finden.

Nothschild soll früher einmal zu Jemanden, der Besorgnisse wegen Störung des europäischen Friedens äußerte, gesagt haben: „es giebt keinen Krieg; ich gebe kein Geld dazu.“ Und er hatte Recht; aber mit demselben Fug hätte er vielleicht vor einigen Monaten sagen können: „es giebt Krieg, es giebt Revolution, denn ich gebe mein Geld dazu.“ Mag nun aber er es hergegeben haben oder ein Anderer, jedenfalls ist es unzweifelhaft, daß ein derartiger Einfluß bei den überraschenden Ereignissen der jetzigen Zeit mitgewirkt hat. Hierfür sprechen, außer den bereits angeführten innern und äußern Gründen, auch viele einzelne Umstände, welche diese großen Bewegungen begleitet haben, ihnen vorangegangen oder nachgefolgt sind. Es spricht dafür der durch die ganze Reihe der Begebenheiten sich augenscheinlich hindurchziehende rothe Faden, welcher schon zum Destern nachgewiesen worden ist und auf eine einheitliche Leitung, auf ein consequent befolgtes System schließen läßt. Dieses System scheint auf dem praktischen Grundsatz zu beruhen, die ehrenwerthe Begeisterung des Volkes für Freiheit und Vaterland für eigennützige Zwecke auszubeuten und zu einer großen Spekulation à la baisse zu benutzen, die den Nationalwohlstand in seinen Grundfesten erschüttert. Dies ist die schauerliche Rehrseite des Aktienschwindels, der vor fünf Jahren von derselben Seite her künstlich erregt und ausgebeutet wurde.



Befreit sich das Volk nicht von dieser Leitung, die zugleich einen großen Theil der Presse beherrscht, geht es nicht einen eigenen verständigen Weg, um von der Herrschaft der Geldmacht loszukommen, sondern läßt sich ferner durch die von schlaunen oder selbst getäuschten Führern vorgespiegelten Lustschlösser auf falsche Fährte führen, so wird es auch diesmal die traurige Erfahrung machen, daß gleich wie durch die Erhebung von 1813 die Herrschaft der Bureaucratie, so durch die Erhebung von 1848 die weit unerträglichere Zwing-Herrschaft der Geldmänner nur noch fester gegründet worden ist.

Deßhalb sind wir der Ueberzeugung, es ist das Gefühl eines immer unerträglicher werdenden Druckes und künftiger gänzlicher Unterdrückung die Ursache der socialen Revolten, welche überall gegen die Juden ausgebrochen sind. Freilich sind die Juden keinesweges die Einzigen, von welchen dieser Druck der arbeitenden Klassen ausgeht. Es ist vielmehr die absolute, durch keine menschliche und nationale Rücksicht gezügelte Geldmacht, die ohne selbst zu arbeiten alle Vortheile der sogenannten Erwerbs- und Gewerbe-freiheit allein ausbeutet und die sich selbst überlassene schutz- und ordnungslose Arbeit erdrückt und knechtet. Allein die Juden sind die Hauptrepräsentanten dieser Macht und darum ist die Volks-erbitterung, welche dieser Geldmacht gilt, gegen sie zunächst gerichtet.

## II. Excesse gegen Guts- und Fabrikherren.

Die Excesse gegen die Guts- und Fabrikherren beruhen zum Theil auf den bereits angegebenen allgemeinen Gründen, zu denen die Gewalt des entfesselten Vandalismus und hinsichtlich der Fabriken die Täuschung hinzutritt, daß deren Zerstörung die Handarbeit vermehren würde, wähs in der That dadurch nur der Absatz englischer Fabrikate ver-



mehrt und der Ruin der einheimischen Fabrikherren, sowie die Brodlosigkeit ihrer Arbeiter herbeigeführt wird.

Allein es walten auch noch besondere Gründe ob, und auf diese wollen wir hinsichtlich der Excesse gegen die Guts-herren im Folgenden etwas näher eingehen.

In früherer Zeit war den Gutsheern bei strengen Strafen verboten, bäuerliche Besitzungen einzuziehen und mit ihren Gütern zu vereinigen. Ziel ihnen ein Bauergut anheim, so mußten sie es wieder mit einem bäuerlichen Wirth besetzen. Diese Verbote sind in Folge der agrarischen Gesetzgebung außer Kraft getreten. Von der hierdurch begründeten Freiheit der Landaufkäuferei machen viele Gutsbesitzer einen sehr ausgedehnten Gebrauch. Es ist natürlich, daß im Laufe eines halben Jahrhunderts viele Bauernhöfe durch Auseinander-  
setzung, Erbtheilung, Mißwachs, niedrige Kornpreise oder schlechte Wirthschaft einmal in Schulden gerathen sind. Trat in früherer Zeit ein solcher Fall ein, so suchte der Gutsherr dem Bauer aufzuhelfen und da er selbst das Grundstück nicht erwerben konnte, die Familie in dem ererbten Besitz zu erhalten. Jetzt ist es umgekehrt. Viele Gutsbesitzer kaufen um jeden Preis alle Grundstücke, deren sie nur habhaft werden können und entschädigen sich auf diese Weise allmählich durch Erwerbung bäuerlichen Grundeigenthums und durch Verwandlung der erblichen Besitzer in Zeitpächter und Tagelöhner, reichlich für die Aufhebung der Leibeigenschaft und Gutsunterthänigkeit. Ihre reichen Einkünfte bieten ihnen die Mittel dar, alljährlich eine mehr oder minder ansehnliche Summe auf Grunderwerb zu verwenden. Diese Summe wurde früher, als ganz Deutschland noch mit einer Menge von kleinen Höfen übersät war, durch den äußern Glanz aufgezehrt, mit welchem der Adel seine bevorrechtete Stellung zu umgeben für nöthig hielt. Diese bevorrechtete Stellung hat im Wesentlichen bereits aufgehört. Die Gelegenheit sich nach Außen geltend zu machen, hat sich sehr vermindert; ein bürgerlicher, größtentheils jüdischer Geldadel steht dem Ge-



burtsadel zur Seite und droht ihn zu überwuchern. Die Stifter und Ritterorden, in denen nachgeborene Söhne und Töchter früher reiche Pfründen erhielten, sind verschwunden; es erklärt sich also leicht, daß ein großer Theil des Adels ebenfalls bei dem Mammon allein für sich und seine Nachkommen Heil sucht, daß auch er bestrebt ist, die einzige noch strömende Quelle der Macht und des Ansehens, den Besitz, fort und fort zu vergrößern, und daß der Vater von mehreren Söhnen Alles daransetzt, wo möglich nicht nur dem ältesten, sondern auch dem zweiten, dritten, vierten Sohne ein Majorat zu hinterlassen. Aber leider kann alles dies nur auf Kosten des Volkes geschehen; die neuen Majorate bilden sich aus alten Bauernhöfen, deren Besitzer durch Noth Mißwachs, Erbtheilungen, Subhastationen u., der überwiegenden Geldmacht des Adels unterliegen, oder sich durch das Bestreben, es den reichern Grundbesitzern gleich zu thun, selbst zu Grunde richten. So ist es geschehen, daß das Wohlstandsverhältniß zwischen Adel und Bauernstand sich in neuerer Zeit umgekehrt hat; denn während früher der Bauer sparte, um für die Kinder, welche nicht zum Hofesbesitz gelangten, ein baares Erbtheil zu erübrigen, der Adel aber Finanzspekulationen unter seiner Würde hielt und standeshalber verschwendete, verhält es sich jetzt umgekehrt. Der Bauer ist um der Gleichheit und Gleichthuererei willen und im Vertrauen, daß der Hofesfolger ja zur Abfindung eine Hypothek aufnehmen oder ein Stück Land abtreten könne, in der Regel weniger wirthschaftlich wie früher; der Adel hingegen nicht selten erwerbslustiger und betriebsamer, wie der Geldmann von Fach.

Dies giebt sich auch in dem veränderten Geiste der Verwaltung adlicher Güter kund. Bäuerliche Servituten und herkömmliche Nutzungen werden mit Hülfe von fiskalisirenden Forst- und Ablösungsordnungen beschränkt, erschwert, und nicht selten durch Kontrollen, die allen Chikanen Thür und Thor öffnen in der Ausübung vernichtet. Grundstücke, die man früher halbe Jahrhunderte derselben Familie um denselben



Pachtzins ließ, werden jetzt alle Paar Jahre meistbietend aus-  
geboten, Zinsen und Renten nicht selten wenige Wochen nach  
der Verfallzeit durch gerichtliche Hülfe und ohne Rücksicht auf  
die Verhältnisse des Schuldners exekutivisch eingezogen, Lohn  
und Kost auf das Nothwendige und Bedungene streng be-  
schränkt; Festlichkeiten und reichlichere Bewirthung der Arbeiter  
auf Kosten der Herrschaft zu besondern Zeiten und bei be-  
sondern Anlässen, welche früher einen so wohlthätig mildernden  
Einfluß auf das Verhältniß zwischen Reichen und Armen  
ausübten, kommen nur selten mehr vor. Kurz, das Christliche  
und Menschliche in dem Verhältniß der großen Grundbesitzer  
ist überall in den Hintergrund getreten und hat der kalten  
Berechnung und der Spekulation Platz gemacht.

Doch nicht Grundbesitz allein, auch andere Reste der  
frühern Herrlichkeit suchte man bisher nicht nur ängstlich zu  
erhalten, sondern nach Möglichkeit zu erweitern.

Die einfache und freisinnige französische Agrargesetz-  
gebung wurde in Sachsen und Westphalen aufgehoben und  
durch neue reaktionäre und komplizirte Gesetze verdrängt, welche  
zahllose Prozesse hervorriefen und eine Menge von bäuerlichen  
Familien ins Unglück stürzten. Das Jagdrecht wurde in  
Westphalen durch eine Reihe erschlicherer Verordnungen wie-  
der hergestellt, durch das Jagdtheilungs-Gesetz erweitert und  
erschwert und durch die Jagdhastigkeit und Unklarheit der be-  
treffenden Erlasse ebenfalls eine unerschöpfliche Quelle von  
Prozessen, von welchen noch jetzt hunderte schweben. Die  
Patrimonialgerichtsbarkeit wurde daselbst wieder herge-  
stellt; Patronatrechte zwar in Anspruch genommen, die Ueber-  
nahme von Patronatslasten aber verweigert. Selbst Fürsten,  
die durch Säkularisation von Kirchengütern reich geworden,  
verweigerten die Beihülfe zu den Pfarr- und Schuleinrich-  
tungen, die durch diese Säkularisation nothwendig geworden  
waren und bürdeten die Last den Gemeinden auf.

Alle Gesetze über Kommunal-kreisständische und Provin-  
zialverfassung und noch mehr die darüber gepflogenen ständi-



schen Verhandlungen arbeiteten systematisch darauf hin, die Bevorrechtung des Grundadels und seine Absonderung vom Volke in den östlichen Provinzen zu erhalten und befestigen, in den westlichen dieselbe neu zu begründen.

Namentlich in das Kommunalwesen der Landgemeinden wurde durch diese reaktionären Bestrebungen eine Verworrenheit und ein innerer Widerspruch ohne Gleichen hineingebracht. In den westlichen Provinzen fand man das bürokratische System vor, behielt dasselbe nicht nur bei, sondern verschärfte es in der Anwendung, indem man unter Andern die Bürgermeister und Amtmänner nicht aus der Gemeinde, sondern aus den Subalternen der Behörden wählte. Erst in der neuesten Zeit haben zwei Provinzialgesetze dies System um ein wenig gemildert, demselben aber hinsichtlich der Provinz Westphalen durch Bevorrechtung der Rittergutsbesitzer eine aristokratische Beimischung gegeben, indem sie denselben die Befugniß geben, sich vom Kommunalverbande abzusondern und in den Gemeindeversammlungen jederzeit statt des Vorstehers den Vorsitz einzunehmen.

Weit mehr im Argen liegt das ländliche Kommunalwesen der östlichen Provinzen.

So lange die Gutsunterthänigkeit und Leibeigenschaft bestand, war es konsequent, daß der Gutsherr in der Gemeinde als unumschränkter Monarch gebot. Nachdem diese Bande durch die Gesetzgebung vom Jahre 1807—13 gelöst worden, verlor dies Verhältniß seine ganze Grundlage. Dennoch hat dasselbe in den östlichen Provinzen, Posen ausgenommen, bis auf den heutigen Tag fortbestanden. In der Provinz Sachsen wurden sogar die aus der Zeit der Gutsunterthänigkeit herrührenden Vorschriften des allgemeinen Landrechts über die Verwaltung der Angelegenheiten der Landgemeinden unter Aufhebung der Königlich westphälischen Gesetze durch eine Verordnung vom 11. März 1833 wieder eingeführt. War nun diese Kommunalverfassung schon früher eine äußerst mangelhafte gewesen, als noch der Gutsherr mit der Gemeinde ein



Ganzes bildete, mit ihr im Wesentlichen dieselben Interessen hatte und nicht nur ihr Zwingherr, sondern auch ihr natürlicher und gesetzlicher Schutzherr war, so wurde sie widersinnig, nachdem dieses Verhältniß nicht nur aufgehoben, sondern wegen der nun erforderlichen Auseinandersetzungen, Gemeintheitheilungen und sonstigen zahllosen Regulirungen ein starker Gegensatz der Interessen der Dominien und der Eingeseffenen eingetreten war.

Desungeachtet ist es den Gutsherrn, die in den höchsten Regionen der Staatsverwaltung stets vorherrschend vertreten waren, gelungen, die gesammte Gerichtsbarkeit, die Polizei und die Leitung der Kommunalverwaltung nebst der Ernennung der Gemeindevorsteher in Händen zu behalten. Diese weitgreifende gutherrliche Gewalt setzte sie in den Stand, die Wirkungen der privatrechtlichen Emanzipation der Landbewohner nicht nur größtentheils zu vereiteln, sondern auch, namentlich bei den Regulirungen, theilweise zu ihrem Vortheile zu wenden und der Errichtung und Verbesserung gemeinnütziger Gemeindeanstalten, in Beziehung auf Schulwesen, Armen- und Krankenpflege, Begebau u. s. w. unübersteigliche Hindernisse in den Weg zu legen.

Als Polizeibehörde hatten sie die Pflicht, für eine geregelte Armenpflege, Annahme von Armenärzten u. s. w. zu sorgen; als Gutsherrn lag ihnen ob, die Kosten der Armenpflege für die Gutsangehörigen zu bestreiten. Natürlich hängt es da allein von dem guten Willen ab, ob das Eine oder das Andere geschieht. Dieser gute Wille ist nun zwar bei vielen Rittergutsbesitzern, aber keinesweges bei allen, noch weniger bei Verwaltern zu finden, deren Besoldung und Gratifikation oder Prozente in der Regel mit dem Reinertrage steigen, den sie erzielen. Die Landrätthe, die nächsten Vorgesetzten der Dominien sind selbst in der Regel Gutsherrn und haben außerdem Gründe genug, mit den einflußreichen Personen des Kreises, den Mitgliedern der Kreisstände und Landtagswählern in gutem Vernehmen zu bleiben.



So erklärt sich zum Theil, wie in den königlichen und fürstlichen Domänenendörfern der Kreise Rybnik und Ples das bekannte schauderhafte Elend entstehen konnte und wie es möglich war, daß es trotz der vorigjährigen Beschwerden der Stände und der Versicherungen des Ministers v. Bodelschwingh auf dem vereinigten Landtag, trotz jener schönen Worte, deren beschwichtigende Kraft hauptsächlich die jetzige Lage des Landes verschuldet, so lange verheimlicht bleiben und in sich in eine das ganze Land bedrohende Pest verwandeln konnte, deren Folgen auch den Ruin eines Theils der größeren Grundbesitzer, die die verspätete Hülfe nun sechsfach leisten mußten, herbeigeführt hat. „Nur eine Klasse“ heißt es in einer kürzlich erschienenen Brochüre von A. Krocker „gewann bei all dem Elend. Der Wucherer legte seine gierigen Krallen über den ganzen Kreis und half ihn aussaugen und verarmen machen; er hatte treffliches Feld und mit dem Beginn des Jahres 1848 fast jeden kleinen Grundbesitzer und mit wenigen Ausnahmen den großen in seinen Armen.“

Ständen wir auf dem Standpunkte des Radikalismus, so würden wir mit der vorstehenden Erklärung auch die Rechtfertigung der in Rede stehenden Excesse gefunden haben.

Allein wir stehen nicht auf diesem Standpunkte, wir hassen die Gewaltthat, was immer die Veranlassung sein mag. Eben deshalb ist es unser Wunsch, daß man die Ursache jener beklagenswerthen Erscheinungen bald auf gesetzliche Weise beseitige. Nicht durch neue Ausnahmsgesetze, nicht durch trügerische Verweisung der Arbeit auf erschöpfte und überbürdete Staatskassen, jenes beliebte Auskunftsmittel, womit Schwachköpfe ihren Mangel an Einsicht, böswillige Aufwiegler ihren Mangel an guten Willen, dem Volke wahrhaft und nachhaltig zu helfen, verstecken, nicht durch Almosen, in welche Form man sie auch kleiden mag, sondern durch neue allgemeine Gesetze, welche die Arbeit und den Besitz des Volkes gegen überlegene Macht, List, Sitten- und Ehrlosigkeit christlicher sowohl als jüdischer Wucherer sicher stellen.



Solche Gesetze vorzuschlagen ist eigentlich nicht unsere Sache.

Wir wollen nur kurz anzudeuten versuchen, wie nach unserer Meinung ohne Beschränkung der wahren Freiheit den hervorragendsten socialen Uebeln ohne Verletzung wohlerworbener Rechte gesteuert werden könnte. Findet man diese Bedingungen zu hart, nun wohl! so warte man, bis das Uebel andere härtere vorschreibt.

## **B. V o r s c h l ä g e.**

Wir unterwerfen die nachstehenden Vorschläge dem Urtheile aller derer, welche im Stande sind, nicht nur dieselben zu kritisiren, sondern auch anstatt des Nichtangenommenen etwas praktisch Besseres und Wirksameres vorzuschlagen.

### **a) Organisation der Gewerbe.**

1. Es ist nothwendig, zu verhindern, daß den Gewerbetreibenden ferner durch unfähige, unmoralische Menschen ihr Verdienst entzogen, der Gewerbebetrieb herabgewürdigt und die Ehre des Gewerbestandes untergraben wird; es ist nothwendig, daß dieser hochachtbare Stand ebensowenig wie der Beamten- und Offizierstand nicht ferner gezwungen sei, unwürdige Glieder und faule Elemente unter sich zu dulden; es ist ferner nothwendig, daß das Publikum eine Garantie habe für die Tüchtigkeit und Solidität der Arbeit. Dieser Zweck läßt sich vielleicht durch folgende Bestimmungen erreichen.

§. 1. Wer irgend ein Handwerk oder Gewerbe selbstständig betreiben will, muß nachweisen, daß er dasselbe vor- schriftsmäßig erlernt, eine Prüfung vor einer aus den Mitgliedern seines Gewerks erwählten Kommission bestanden und bisher einen unbescholtenen Lebenswandel geführt hat.

§. 2. Wer wegen entehrenden Verbrechens verurtheilt wird oder durch rechtskräftiges Urtheil des Provinzialkollegii seines Gewerks §. 5. der Meisterschaft für unwürdig erklärt



wird, verliert das Recht zum selbstständigen Betriebe seines Gewerbes. Das Gewerke ist jedoch verpflichtet demselben Gelegenheit zu verschaffen, sich als Gehülfe eines andern Meisters seinen Lebensunterhalt zu erwerben und berechtigt, ihm nach Ablauf eines Jahres die selbstständige Ausübung seines Gewerbes durch Beschluß der Mehrheit seiner Mitglieder wieder zu gestatten.

II. Es ist nothwendig, den Gemeingeist der Gewerbetreibenden zu erwecken und zu beleben, es ist nothwendig, sie in den Stand zu setzen, ihr Interesse selbstständig zu vertreten, sie von der Bevormundung der Beamten zu befreien und ihnen das Gefühl der Einheit, Selbstständigkeit und Kraft zum Schutz und Trutz zu geben. Man setze daher fest:

§. 3. Die Mitglieder und Angehörigen eines jeden Handwerkes oder Gewerbes einer Stadt oder eines Landbezirks oder mehrerer vereinigten Gewerbe, bilden eine Innung.

§. 4. Jede Innung hat einen Vorstand, welcher von sämmtlichen selbstständigen Gewerbetreibenden und einer gleichen Anzahl durch Wahl bestimmter Gehülfen und Gesellen gewählt wird.

§. 5. Die Innung hat den Zweck

1. die Interessen des Gewerbes dem Staate, der Gemeinde und andern Innungen gegenüber zu vertreten.

2. Ihre Angehörigen in Geld = Arbeits = und sonstiger Noth zu unterstützen;

3. über den ehrenhaften Gewerbebetrieb der Mitglieder, so wie über die Behandlung und Aufführung der Gesellen und Lehrlinge zu wachen;

4. über gewerbliche Streitigkeiten zwischen Angehörigen des Gewerbes zu entscheiden;

5. kleinere Vergehungen disciplinarisch zu ahnden;

6. durch ihren Vorstand oder gewählte Mitglieder die gesetzlichen Funktionen der Schiedsrichter ausüben zu lassen.

7. über die Ausübung dieser Rechte und die Mittel zur Erreichung dieses Zwecks der Innung Statuten abzufassen,



welche jedoch keine Beschränkung der Gewerbefreiheit für die zum Gewerbebetrieb gesetzlich Befähigten enthalten darf.

III. Es ist nothwendig dem Staate und den Kommunen nicht nur Gelegenheit zu geben, sondern es ihnen zur gesetzlichen Pflicht zu machen, die Sachkunde derjenigen Gewerbetreibenden, welche von ihren Genossen als die vorzüglichsten Mitglieder des Gewerbes anerkannt sind, für Zwecke der Gesetzgebung und der Verwaltung zu benutzen, um zu verhindern, daß gesetzliche und sonstige Anordnungen in Gewerbesachen ohne die gehörige Sachkenntniß und ohne hinreichende Berücksichtigung der Wünsche und Interessen der Betheiligten getroffen werden; es ist nothwendig höhere Instanzen für die Innungsangelegenheiten zu bilden, den Gewerbetreibenden Gelegenheit zu geben, ihre vorzüglichsten Genossen auch äußerlich auszuzeichnen; es ist endlich nothwendig die Gewerbe auch in letzter Instanz von der Bürokratie zu emanzipiren; man setze daher fest:

§. 5. In jedem Regierungsbezirk wird gebildet:

- a) ein Gewerbekollegium aus jedem Gewerbe;
- b) eine Gewerbekammer aus allen Gewerben.

2. Für den ganzen Staat:

- a) Ein Central-Gewerbekollegium für jedes Gewerbe;
- b) eine Central-Gewerbekammer für alle Gewerbe.

§. 6. Die Gewerbekollegien werden von den Vorständen sämmtlicher Innungen eines jeden Gewerbes gewählt, und haben u. A. den Zweck:

1. In erster Instanz zu entscheiden über den Verlust des Gewerberechts (§. 2.)

2. durch Kommissionen die Prüfungen vorzunehmen a) derjenigen Gesellen und Gehülfen, welche ein selbstständiges Geschäft gründen, und b) der Lehrlinge, welche Gesellen oder Gehülfen werden wollen;

3. die zweite Instanz zu bilden für alle Entscheidungen, welche in erster Instanz von den Innungen oder deren Vorständen getroffen werden;

4. auf Requisition der Staats- und Gemeindebehörden



Gutachten über Angelegenheiten ihres Gewerbes abzugeben, welche vor Erlass aller ihr Gewerbe oder ihren Bezirk ausschließlich betreffenden Anordnungen eingeholt werden müssen.

§. 7. Das Central-Gewerbekollegium wird von sämmtlichen Provinzialkollegien eines jeden Gewerbes gewählt. Dasselbe hat den unter §. 6, 4. bezeichneten Geschäftskreis in Angelegenheiten, die sich nicht blos auf einzelne Regierungsbezirke beziehen.

§. 8. In die Provinzial-Gewerbekammer wählt das Provinzial-Gewerbekollegium eines jeden Gewerbes des Departements ein Mitglied, bei größern und wichtigern Gewerben zwei bis drei Mitglieder. Ihre Aufgabe ist:

1. Gutachten abzugeben in Angelegenheiten, welche mehrere Gewerbe betreffen;

2. in erster Instanz über gewerbliche Streitigkeiten mehrerer Innungen oder der Mitglieder verschiedener Innungen zu entscheiden;

3. die Provinzial-Gewerbeschulen durch Ausschüsse zu beaufsichtigen und zu leiten.

§. 9. Die Central-Gewerbekammer wird aus den Central-Gewerbekollegien gebildet in derselben Art, wie die Provinzial-Gewerbekammern aus den Provinzial-Gewerbekollegien; ihr Zweck ist:

1. In Gewerbeangelegenheiten, welche mehrere oder alle Gewerbe im ganzen Staate oder in mehreren Provinzen betreffen, ihr Gutachten abzugeben, welches bei allen gesetzlichen oder administrativen Anordnungen erfordert werden muß;

2. Vorschläge zur Hebung der Gewerbe zu machen;

3. allenfalls das allgemeine Gewerbeinstitut, welches bisher seinem Zweck so wenig entsprochen hat, durch eine Kommission zu leiten und zu beaufsichtigen, die Lehrer vorzuschlagen, und für die Reorganisation und fortschreitende Entwicklung desselben zu sorgen.

§. 10. Die Provinzial-Gewerbekollegien und Gewerbekammern versammeln sich halbjährlich am Hauptorte ihres Be-



zirks; Die Central-Gewerbekollegien und die Central-Gewerbekammer jährlich in Berlin.

§. 11. Zur Gültigkeit ihrer Beschlüsse genügt die Anwesenheit der Hälfte ihrer Mitglieder. Findet sich nicht die Hälfte ein, so ergänzt sich die Versammlung durch Wahl von Stellvertretern aus dem Versammlungsorte oder dessen Umgegend.

§. 12. Einen Ausschuß, welcher am Versammlungsorte seinen Wohnsitz hat, besorgt die laufenden Geschäfte.

Auf diese Weise wird es möglich sein, die Gewerbetreibenden vor schlechter, ruinirender Concurrenz zu sichern, den Gemeingeist, das Ehrgefühl und das Selbstbewußtsein der Gewerbetreibenden zu heben, und den Klagen über Bevormundung und Eingriffe des Staates und der Büroaukratie abzuhelpfen.

Es wird der Arbeit, dem Gewerbe ein Organismus gegeben, welcher sie

1. in den Stand setzt, sich selbst zu helfen;
2. Die drohende Gefahr einer neuen, erdrückenden, alle selbstständige, individuelle Thätigkeit lähmenden Staatsbevormundung beseitigt, und
3. den Staat selbst von den unabsehbaren Gefahren befreit, denen er sich aussetzt, wenn er den Riesenkampf mit der hundertköpfigen Hydra des Elends unmittelbar und auf eigene Hand übernimmt.

#### b. Hültskassen.

Einem Hauptübel wird hierdurch noch nicht gesteuert, der Kreditlosigkeit. Diesem Uebel, an dem der Handwerker und Landwirth in gleichem Grade leidet, führt Beide den Wucherern zu, und diese vernichten ein Nationalvermögen an Besitz und Arbeitskraft, dessen Werth den Wuchererdiensft zehnfach übersteigt.

Zur Befreiung der arbeitenden Klassen von dieser Plage sind schon viele Mittel vorgeschlagen worden. Sie laufen aber meistens darauf hinaus, eine Abhängigkeit durch die andere, den Druck der Wucherer durch die Bevormundung von Beam-



ten oder Gutsherren zu ersetzen. Diese Vorschläge bedürfen keiner Widerlegung. Freiheit vor Allem; selbst die Freiheit, sich zu Grunde zu richten, wenn man es nun einmal nicht anders haben will. Also auch hier nur Schutz gegen überlegene Macht und List. Dieser Schutz kann gewährt werden durch das schon oft besprochene Mittel der **Hülfskassen**, wenn diese Institute bald in's Leben treten, und praktisch, einfach und bequem ohne Engherzigkeit jedoch so eingerichtet werden, daß sie dem unnöthigen Schuldenmachen nicht Vorschub leisten. Um diesen Zweck zu erreichen, könnte man etwa folgende Anordnungen treffen.

§. 1. Mit jeder Steuerkasse wird eine Hülfskasse für unterstützungsbedürftige Landwirthe und Gewerbtreibende verbunden.

§. 2. Diese ist verpflichtet, Landwirthen und Gewerbtreibenden gegen Bestellung derjenigen Sicherheit, welche dieselben zu leisten im Stande sind, bis auf den zehnfachen Betrag ihrer direkten Steuer Darlehen zu geben, wenn dieselben durch ein Attest des Gemeindevorstandes nachweisen, 1. daß sie Familienväter, 2. seit wenigstens 5 Jahren im Bezirke der Hülfskasse als Gemeindemitglieder ansässig, 3. unbescholten sind, 4. daß und aus welchen Ursachen sie sich ohne ihre Schuld in Geldnoth befinden, 5. zu welchem Zweck das Darlehen verwendet werden soll, 6. daß und aus welchen Gründen sichere Aussicht vorhanden ist, ihren Nahrungsstand durch diese Verwendung dauernd zu erhalten.

§. 3. Um das Recht auf einen zweiten Vorschuß zu begründen, muß außerdem durch beglaubigte Urkunden nachgewiesen werden, daß der erste auf die bei der Nachsuchung des Darlehens angegebene Weise verwendet worden ist.

§. 4. Die Darlehen der Steuerkasse werden kostenfrei auf den Grund eines vom Steueramt beglaubigten Schuldscheines im Hypothekenbuche vermerkt, und auf eine Quittung des Steueramts gelöscht.

§. 5. Die Rückzahlung der Darlehen nebst den Zinsen erfolgt durch Zuschläge zu den direkten Steuern, und zwar,



sofern nicht wegen besonderer Umstände etwas Anderes verabredet worden ist, durch Erhebung des Doppelten, bei Gewerbetreibenden des vierfachen Betrages desselben.

§. 6. Versagt die Steuerkasse das Darlehen, so kann der Darlehnsfucher bei den Kreisständen Beschwerde führen. Die Beschwerde wird beim Landrath eingereicht, welcher befugt ist, Beschwerden, die er für begründet hält, sofort abzuhefen.

§. 7. Die Ausfälle, welche bei der Rechnungslegung speciell zu justifiziren sind, werden nach Beschluß des Landtags durch Zuschläge zur direkten Steuer aufgebracht.

§. 8. Von diesen Zuschlägen sind alle Landwirthe, welche unter 10 Thlr. Grundsteuer zahlen, und alle Klassensteuerpflichtigen der vier letzten Klassen frei.

§. 9. Betragen die Ausfälle in einer Provinz nach einem sechsjährigen Durchschnitt mehr als 100,000 Thlr. jährlich, so kann der Landtag eine Verschärfung der Bedingungen des §. 2. beantragen.

### c. Gründung von neuen bauerlichen Stellen.

Wenn die Hülfskassen eine Wahrheit werden, und nicht, wie gewöhnlich, durch die Engherzigkeit der ausführenden Behörden verkümmern, so werden sie vielleicht dahin führen, die noch vorhandenen, wohlhabigern Grundbesitzer zu erhalten, und einige, die noch nicht ganz in der Gewalt ihrer Dränger sind, daraus zu befreien. Allein dies genügt nicht, um die Schuld der Vergangenheit wieder gut zu machen. Zahlreiche auskömmliche Aekernahrungen haben sich seit 50 Jahren theils in adelige Fideikomnisse verwandelt, theils durch gänzliche Zerspaltung dazu gedient, das ländliche Proletariat zu vermehren. Für diesen Verlust an wahren Wohlstand und ächter Nationalkraft muß Ersatz gewährt werden.

Wie kann dies geschehen?

Die Regierung und die National-Versammlung möge diese Frage in Erwägung nehmen, und falls sie dabei nicht auf etwas Besseres fällt, sich folgender einfachen Vorschläge, die im



Wesentlichen mit einem von den englischen Chartisten, im Wege der Association mit Ueberwindung der größten Schwierigkeiten und mit dem segensreichsten Erfolge in Ausführung gebrachten Planes übereinstimmen, anschließen:

1. Dem Minister des Innern wird ein Credit von einer Million Thlr. zur Begründung bäuerlicher Etablissements bewilligt.

2. In jedem Regierungsbezirk werden mehrere Agenten damit beauftragt, käufliche Grundbesitzungen, welche unter mäßigen Bedingungen zu haben sind, gegen Bewilligung einer nach dem Erfolg ihrer Bemühungen zu bemessenden Vergütung für Rechnung des Staates anzukaufen.

3. Die angekauften Grundstücke werden in einzelne bäuerliche Stellen von solchem Umfange, daß eine bäuerliche Familie von dem Ertrage leben kann, eingetheilt, und mit den nöthigen Wirthschaftsgebäuden versehen.

4. Diese Stellen werden sodann nach Meistgebot versteigert, und zwar unter folgenden im Hypothekenbuch einzutragenden Bedingungen.

a) Die Stelle darf nicht stückweise, sondern nur im Ganzen verkauft werden;

b) nur an solche, welche sich nicht schon im Besitze eines gleich großen Grundstückes befinden;

c) der Kaufpreis kann auf Verlangen zu  $\frac{2}{10}$  creditirt, und durch erhöhte Zinszahlung allmählig abgetragen werden;

d) Den Zuschlag erhält derjenige unter den Meistbietenden, welcher von einer durch den Kreistag erwählten Kommission als der tüchtigste zur Bewirthschaftung anerkannt wird.

5. In gleicher Weise wird allmählich mit der Parzellirung sämmtlicher Domainen verfahren, mit der Maßgabe, daß statt des Kaufpreises neben einem Angelde eine jährliche Kornrente übernommen wird.

Auf diese Weise wird dem schmählichen Wucher der Landaufkäufer, dem die Landleute vieler Gegenden jetzt schutz-



wehrlos erliegen, Gehalt gethan, und dem unheilbrohenden Wachsthum des Proletariats der großen Städte, dem sich die beschlos gewordenen Landbewohner alljährlich zugesellen, ein Damm entgegen gesetzt. Freilich läßt sich erwarten, daß jene Bucherer die ihnen zu Gebote stehende Presse in Bewegung setzen werden, um unter freisinnigen Firmen jede Maßregel zu bekämpfen, die ihren Geschäften Eintrag thun kann.

d. Gründung von Verpfändungsanstalten für geldwerthe Papiere und sonstige Vermögensgegenstände, welche augenblicklich ohne die grössten Verluste nicht zu verwerthen sind.

Die meisten großen Gewerbetreibenden stellen nach und nach ihren Gewerbebetrieb ein, weil es ihnen an Zahlungsmitteln, d. h. an baarem Gelde und geldgleichen Papieren fehlt. Die Folge davon wird sein, daß viele Tausende von Arbeitern brodlos werden, die öffentliche Sicherheit bedrohen, und die Gemeinde sowohl wie den Staat zu ungeheuern Opfern zwingen, um dieser Gefahr zu begegnen. Diese Opfer können erspart werden, wenn der Staat dem Gewerbetreibenden Gelegenheit verschafft, auf ihre augenblicklich gar nicht oder nur mit großem Schaden veräußerlichen Aktien, Staatsschuldsscheine, Vorräthe an Material und Produkten durch Verpfändung Geld oder Papiere au porteur zu erhalten. Die Frage wie? beantwortet sich leicht durch Hinweisung auf die königl. Leihanstalten. Man gründe Leihanstalten, nicht bloß für Kleidungsstücke, Geräthe u. dgl., sondern für sämtliche unveräußerliche Werthe im Besitz des großen Gewerbetreibenden. Man wird entgegen: woher das Geld nehmen zur Hergabe der Darlehen? Ich antworte: Erstens: Ihr werdet dazu weniger gebrauchen, als zur Ernährung der Arbeiter, welche brodlos werden, wenn Ihr dem Fabrikanten nicht Hülfe schafft. Zweitens: Ihr habt nicht nöthig, dem Verpfänder baares Geld zu geben, gebt ihm nur Pfand- oder Depositen-scheine au porteur, welche er mit der Wirkung veräußern kann, daß jeder Inhaber den darin bezeichneten Betrag entweder bei der



Verpfändungsanstalt erheben, oder sich wenigstens dafür nach Ablauf eines bestimmten Zeitraums aus dem verpfändeten Gegenstande bezahlt machen kann. Dem Verpfänder verbleibe alsdann das Eigenthum, die Möglichkeit, dasselbe später durch Erlegung der Pfandsomme wieder einzulösen, und schlimmsten Falls der Anspruch auf den Betrag, der bei der künftigen Veräußerung des Pfandobjectes durch Mäkler oder Meistgebot über den Pfandbetrag herauskommt.

e) Reform der gutherrlich-bäuerlichen und der Gemeinde-Gesetzgebung.

Aus den obigen Skizzen der gutherrlich-bäuerlichen und der ländlichen Kommunalverhältnisse geht zur Genüge hervor, daß beide gründlicher Reformen im höchsten Grade bedürftig sind. Die Reformen der gutherrlich-bäuerlichen Verhältnisse werden sich damit zu beschäftigen haben,

a) welche bäuerlichen Lasten sind als eng zusammenhängend mit dem ältern Steuer- und Unterthänigkeitsverhältnis ohne Entschädigung aufzuheben?

b) welche agrarischen Gesetze der letzten 30 Jahre sind als reactionair zu beseitigen?

c) auf welche Weise können die Gemeinheitstheilungen und Ablösungen vereinfacht werden?

Die jetzigen Ablösungsordnungen setzen eine solche Menge weitläufiger, kostspieliger und dennoch in ihren Resultaten unzuverlässiger Spezial-Tarationen und Berechnungen voraus, daß die Kosten und Terminsversäumnisse den etwaigen Vortheil für 20 Jahre vorweg zu nehmen pflegen; sie gefährden aber auch den gemeinen Mann, weil dieser das Ablösungsgeschäft nicht zu übersehen vermag und daher ganz in der Hand der Kommissarien ist, welche im Stande sind, durch eine Reihe von abgefragten, anscheinend unversänglichen Zugeständnissen das künstlich berechnete Endresultat nach Willkür zu gestalten. Es müssen diese künstlichen und trügerischen Spezialermittelungen beseitigt und allgemeine und einfache



Normen, die sich an leicht erkennbare Kriterien anschließen und die möglichste Erleichterung des Pflichtigen ins Auge fassen, festgestellt werden. Die Berechnung der enormen Nachtheile, welche der bisherige Zustand und die daraus hervorgegangenen Folgen den großen Gutsbesitzern in wenigen Wochen gebracht haben, wird dieselben leicht überzeugen, wie sehr es in ihrem eigenen Interesse liegt, die Ursachen dieser Vorgänge zu entfernen und ihrer Wiederholung selbst mit ansehnlichen Opfern vorzubeugen. Diese Opfer werden nur vorübergehend sein, denn es wird sich sehr bald zeigen, daß die Verallgemeinerung des Wohlstandes, die Verbesserung der Lage des Volkes in materieller und geistiger Hinsicht Niemandem mehr als dem großen Grundbesitzer zu Statten kommt, daß ein wahrer, dauerhafter Frieden, der auf Ausgleichung der widerstrebenden Interessen beruht, mit diesen vorübergehenden Opfern nicht zu theuer erkauft ist. Was die Reform der Kommunalverfassung betrifft, so muß sie

1. das bürokratische Element in den westlichen und das aristokratische in den östlichen Provinzen vollständig beseitigen. Den großen Grundbesitzern wird auch in einer freisinnigen Gemeindeverfassung, sofern sie sich als Freunde des Volks bewähren ein großer Einfluß auf die Gemeindeangelegenheiten nicht entgehen, welcher um so bedeutender ist, als er durch freiwillige Anerkennung an moralischer Kraft gewinnt; ferner ist es nothwendig, daß

2. freie Wahl der Vorstände und Vertreter durch alle Gemeindemitglieder gewährt wird, damit das Gefühl gegenseitiger Abhängigkeit die Kluft, welche die reichen und armen Landbewohner scheidet, ausfüllt und eine Ausgleichung der Interessen vorbereitet.

3. es muß der Gemeinde, resp. ihren Vertretern die Beurtheilung dessen, was ihr frommt, selbst überlassen werden.

Das wird vielleicht hier und da vorübergehende Nachtheile haben, allein die Gemeinden, wie die Einzelnen werden nach dem Ausdrücke des Ministerpräsidenten Camphausen



„die Freiheit bald gebrauchen lernen,“ zumal wenn dieselbe die Institutionen gleichmäßig durchbringt; schlimmsten Falls werden sie durch Schaden klug werden und können sich nicht über den Staat beklagen. Diesem verbleibt vielmehr der Dank für die gewährte Freiheit und Organisation, während er die Nachteile des Mißbrauchs nicht zu vertreten hat. Will aber der Rechtsstaat Alles selbst regieren, wie der Polizeistaat gethan, so wenden sich gegen ihn die Unzufriedenen aller Stände und Klassen und selbst die Zufriedenen wissen die ihnen aufgedrungenen Wohlthaten kaum zu würdigen. Diesem mächtigen Strome des vereinigten Mißvergnügens kann keine Staatsform dauernd Widerstand leisten. Aufgabe der Gegenwart ist es daher, diesen Strom, da es unmöglich ist, ihn auszuschöpfen, zu theilen und jeder seiner Quellen ihr natürliches besonderes Bette anzuweisen. Erst wenn dies gelungen ist, wird Deutschland vor neuen Revolutionen gesichert sein.